

Grabgesang auf die Neutralität

Christoph Mörgeli (Ürikon), Historiker und SVP-Nationalrat

Mit dem Bericht „Sicherheit durch Kooperation“ hat Bundesbern den Grabgesang auf die Neutralität angestimmt. Gewiss darf der Neutrale auf den Gebieten von Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft ohne weiteres mit andern Ländern zusammenarbeiten. Ein militärisches Zusammenwirken mit ausländischen Streitkräften ist aber unter keinen Umständen mit unserer Neutralität vereinbar. Wenn dies die Wortführer des Militärgesetzes trotzdem behaupten, sind sie entweder undisziplinierte Denker oder unaufrichtige Heuchler.

Der Militärpublizist Dominique Brunner von der VBS-nahen Zürcher Werbeagentur Farner schiebt, die vorgesehene Ausbildungszusammenarbeit sei „neutralitätsrechtlich unbedenklich“. Wir Bürger tun gut daran, den grossspurigen militärpolitischen Behauptungen gerade von Vertretern dieser PR-Agentur speziell zu misstrauen. Hätte die Schweiz in den 1960er Jahren auf deren säbelrasselnde Exponenten gehört, sässe unser Land heute auf einem Arsenal von Atomwaffen!

Die von der Nato mitbesoldeten Strategieprofessoren der ETH sind immerhin ehrlicher: Jürg Martin Gabriel bedauert, dass der Bundesrat mit den „Mythen“ Neutralität und Miliz nicht aufräume; wenn man den Sicherheitspolitischen Bericht aber zwischen den Zeilen lese, werde man erkennen, „dass sowohl die Miliz wie auch die Neutralität de facto unterlaufen werden“. Anton Thalmann, Schweizer Botschafter bei der Nato, hat schon 1999 verkündet: „Man muss die Neutralität, an der kein Bedarf mehr besteht, sanft einschlafen lassen.“ Und das VBS träumt vom Kampf im „operativen Vorfeld“ und will dafür laut internem Planungspapier zur militärstrategischen Doktrin das Volk entmachten: „Der Entschluss, den Neutralitätsstatus der Schweiz zu beenden oder allenfalls (...) als beendet zu erklären, obliegt den höchsten Behörden der Exekutive und Legislative“.

Die aussenpolitische und militärische Bundesverwaltung leidet am neutralen Kleinstaat, der ihre Macht und ihren Einfluss schmerzlich begrenzt. Das Mittun bei EU, UNO und Nato bedürfte einer einflussreichen, starken Staatsführung. Und die dazu berufenen „Führer“ wollen unliebsame Entscheide des Souveräns nicht länger akzeptieren. Sonst hätten sie sich kaum so kaltschnäuzig über das wuchtige Volksnein zu bewaffneten Blauhelmtruppen hinweggesetzt.